

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Bericht über die Bürgerversammlung am 09.06.2011

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Zusammenfassung:

Am 9. Juni 2011 stellte die Verwaltung im Rahmen einer Bürgerversammlung die aktuellen Pläne für die Entwicklung des südlichen Stadtzentrums vor und erläuterte, dass die heutige Versammlung der Auftakt einer breit angelegten Bürgerbeteiligung sei mit dem Ziel, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen.

Ziel:

Information des Gemeinderats über die Bürgerversammlung.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2011 mit der Vorlage 700/2011 ein Verfahren zur Entwicklung des südlichen Stadtzentrums beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die Bürgerschaft darüber im Rahmen einer Bürgerversammlung zu informieren.

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg regelt in § 20a Abs. 4, dass Vorschläge und Anregungen der Bürgerversammlung innerhalb einer Frist von drei Monaten von dem für die Angelegenheit zuständigen Organ der Gemeinde behandelt werden sollen.

2. Sachstand

Die Bürgerversammlung fand am Donnerstag, 9. Juni 2011 in der Tübinger Hermann-Hepper-Turnhalle statt.

Vor ca. 400 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern stellte die Verwaltung anhand eines Folienvortrags die aktuellen Pläne für die Entwicklung des südlichen Stadtzentrums vor und erläuterte, dass die heutige Versammlung der Auftakt einer breit angelegten Bürgerbeteiligung sei mit dem Ziel, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen.

Folgende Handlungsfelder wurden ausführlich erläutert:

- Zinsendreieck, Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums
- Europaplatz, Einbindung des Bushahnhofs ins Stadtgefüge
- Europaplatz, Konzeption des Handelsstandorts
- Foyer – Entwicklung des Grundstücks, Nutzungskonzept
- Altstadt/ südliches Stadtzentrum, Verknüpfung der Handelsstandorte
- Neckarbrücke/ Mühlstraße, Auswirkungen der Verkehrsführung

Der Folienvortrag der Verwaltung steht zum Download auf www.tuebingen.de/zentrumsued zur Verfügung.

Anschließend erläuterte die Verwaltung das Vorgehen der breit angelegten Bürgerbeteiligung und verwies auf den ausgelegten Flyer „Angebote zur Bürgerbeteiligung“ und bat um aktive Mitarbeit und um Anmeldung zu den Workshops anhand der dem Flyer beigefügten Antwortkarte.

Die Anwesenden erhielten ausführlich Gelegenheit, Fragen an den Oberbürgermeister und den Baubürgermeister zu stellen und Stellungnahmen abzugeben. Vereinzelt wurden Wortmeldungen bezogen auf das geplante Beteiligungsverfahren selbst. Überwiegend wurden Sachfragen angesprochen, die durch die Bürger im Beteiligungsverfahren in die jeweiligen Handlungsfelder eingebracht werden können.

Förmliche Anträge wurden in der Bürgerversammlung nicht gestellt. Meinungsbilder fragte der Oberbürgermeister keine ab.

Zum Schluss der Bürgerversammlung standen zu den genannten Handlungsfeldern die Projektleitungen für weitere Informationen und Fragen sowie für Ideen und Vorschläge zur Verfügung.